

Rainer Land

Für das Heft: Das 41. Jahr der DDR

Eine demokratische DDR? Das Projekt „Moderner Sozialismus“

Vor zwanzig Jahren, im Februar 1990, stellten wir in Berlin (West) unser gerade bei Rotbuch erschienenes „Umbaupapier“ vor.¹ In der Diskussion erklärten einige der anwesenden linken Intellektuellen aus Westberlin, unsere Reformvorschläge liefen doch im Prinzip auf das hinaus, was man hier im Westen hätte: Kapitalismus und Parteienherrschaft, all das, wogegen man seit Jahrzehnten kämpfte. Sozialismus sähe anders aus und es sei doch fatal, dass die Leute in der DDR den Sturz des Stalinismus nicht nutzen würden, endlich eine wirkliche sozialistische Alternative zum Westen aufzubauen.

Das Konzept des Modernen Sozialismus war das Produkt eines in den Perestroika-Jahren entstandenen Wissenschaftlerkreises, zu dem im engeren Sinn ca. 15 bis 20 Personen gehörten. Es gab aber an der Humboldt-Universität ein weit größeres Umfeld mit Verbindungen zur Akademie der Wissenschaften, den Universitäten in Jena, Leipzig, Dresden u.a., einen Kommunikationszusammenhang, der teilweise bis in die 1970er Jahre zurückreichte und in dem mehrere hundert Personen, ganz überwiegend Mitglieder der SED, mehr oder weniger intensiv mitwirkten. Dazu gehörte zum Beispiel die Interdisziplinäre Forschungsgruppe „Philosophische Probleme der Politischen Ökonomie“ (Hans Wagner, Peter Ruben, Camilla Warnke, Herbert Steininger u.a.), oder dem Herausgeberkreis des Lehrbuchs „Politische Ökonomie des Kapitalismus“ mit Dieter Klein als Leiter. In diesen Kreisen gab es in den 1980er Jahren die klare Erkenntnis, dass Gesellschaft und Staat der DDR und insbesondere auch der Sowjetunion und der anderen RGW-Staaten ohne eine grundlegende Erneuerung nicht mehr weiter bestehen werden. Das Spektrum der Ideen für eine Veränderung war freilich breit, widersprüchlich und reichte schon unter den Intellektuellen, die Mitglied der SED waren oder ihr Nahe standen, von kleinen kosmetischen Verbesserungen, einer Wiederauflage des „neuen ökonomischen Systems“ der 1960er Jahre und eher opportunistischen Konzepten bis zu linksfundamentalistischen und konservativ-bürgerlichen Vorstellungen. Noch größer erscheint diese Vielfalt, wenn man die ebenfalls in den 1980er Jahren entstandenen Gruppen der Bürger- und Bürgerrechtsbewegung einbezieht, von denen einige sozialistische

¹ Das Buch war eine Sammlung von Texten, die im Frühjahr und Sommer 1989 entstanden und in der Revolution des Herbst 1989 in der DDR verbreitet und ergänzt worden waren, erweitert um Vorwort, Einleitung und Nachwort aus dem November und Dezember 1989. Der Kern dieser Texte, eine „Studie zur Gesellschaftsstrategie“ war, ursprünglich für die Selbstverständigung und die intellektuelle Diskussion an der Humboldt-Universität geschrieben. Autoren waren Michael Brie, Rainer Land, Dieter Segert, Rosemarie Will sowie Andre Brie, Hannelore Petsch, Wilfried Ettl und Wolfram Wallraf für bestimmte Abschnitte. Die Möglichkeit einer Veröffentlichung in der DDR war bis in den Oktober hinein eine fern liegende Hoffnung, aber nach dem 9. Okto-

Ideale vertraten, andere die Bürgerrechte, die Ideen der Umweltbewegung oder (seltener) auch die Rückkehr zu Marktwirtschaft und freiem Unternehmertum ins Zentrum rückten.

Neben der politischen Frage, wie die Herrschaft des Honeckerpolitbüros beendet werden kann, stand für uns damals noch junge Gesellschaftswissenschaftler natürlich vor allem die Frage, auf welcher wissenschaftlichen und konzeptionellen Grundlage eine solche Erneuerung aufbauen kann. Der dogmatisierte Marxismus-Leninismus kam nicht in Frage. Mit der Perestroika wurden auch symbolisch die Zeichen auf „neues Denken“ gestellt, auch wenn die SED-Führung davon nichts wissen wollte. Das Projekt „Moderner Sozialismus“ war eine von mehreren Gruppierungen innerhalb der sogenannten SED-Reformer. In diesem Konzept wurde versucht, die Grundidee des *Sozialismus* auf der Basis einer *Theorie der Moderne* zu rekonstruieren. Dem Anspruch nach ging es sehr viel weiter, als bloß die Herrschaft einer Staatspartei durch eine pluralistische Parteiendemokratie zu ersetzen und die direktive Planwirtschaft durch eine indikative mit mehr Spielräumen für die Betriebe. Es war der Versuch, die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Grundlagen einer demokratisch verfassten sozialistischen Gesellschaft theoretisch neu zu bestimmen.

Nun aber dieser Vorwurf, unser Moderner Sozialismus sei doch nur der Kapitalismus, wie man ihn im Westen schon hatte. Hatten wir im „Umbaupapier“ Reformkonzepte vorgelegt, die auf eine kapitalistische Umgestaltung der Wirtschaft, eine parlamentarische Demokratie und einen bürgerlichen Rechtsstaat hinausliefen? Offensichtlich.² Unsere Westberliner Professorenkollegen hatten wohl das richtige Gefühl: Wir unterschieden uns konzeptionell sehr von der sozialistischen Linken in Westdeutschland, die entweder links Sozialismus mit „antikapitalistisch“ gleichsetzten oder sozialdemokratisch darunter die Dominanz des Staats über die Märkte und die kapitalistischen Unternehmen, einen staatlich eingehegten Kapitalismus, verstanden. Allerdings war auch das Urteil, wir würden weitgehend das bestehende System der Bundesrepublik übernehmen wollen, falsch. Es gab für uns sehr wichtige Differenzen.

„Moderner Sozialismus“ als Antwort auf die Krise des Staatssozialismus

Die Betriebe sollten selbstständige Unternehmen werden, die zentrale staatliche Planung zunächst stark eingeschränkt und später ganz abgeschafft werden, der Staat sollte wie im Westen nur durch Rahmenbedingungen, indikative statt direkter Planung³ und Investitionsförderung Einfluss auf die Wirtschaft nehmen. Zugleich aber sollten die Mitbestimmung im

ber bereiteten wir die Publikation bei Dietz (DDR) vor (Sozialismus in der Diskussion 1 und 2, Berlin 1989). Im Februar 1989 erschienen diese Texte dann in einer etwas anderen Zusammenstellung im „Umbaupapier“.

² Dies ist auch der Vorwurf von Czichon und Marohn (1999), die das Konzept des modernen Sozialismus als Hilfestellung sahen, „die DDR ... zu zerstören und in den Kapitalismus zurückzustufen“ (S. 167).

Betrieb und der Einfluss der Öffentlichkeit auf die Unternehmen sehr viel stärker ausgestaltet und rechtlich normiert werden, nicht nur durch stärkere Rechte der Betriebsräte, sondern durch eine *Öffentlichkeitsbank* in den Aufsichtsräten der in Aktiengesellschaften umgewandelten ehemals staatlichen Unternehmen, die ökologische Belange, Verbraucherinteressen und andere für das Gemeinwohl relevante Belange vertreten sollte. Ähnliches war für andere wirtschaftliche Behörden, Gremien oder Organisationen angedacht. Inhaltlich wurde der Übergang zu einer anderen wirtschaftlichen Entwicklungsrichtung in den Mittelpunkt gestellt, die auf die Lösung der globalen Probleme gerichtet werden sollte und insbesondere eine ökologische und soziale Orientierung beinhaltete. Kapitalverwertung und wirtschaftliche Rentabilität wurden als Mittel zum Zweck, als notwendige Mittel der Wirtschaftsregulation verstanden, nicht als Selbstzweck. Vielmehr wurde versucht, basisdemokratische und lebensweltlich verankerte Strukturen zu konzipieren, die den wirtschaftlichen Verwertungsprozess in Richtungen lenken, die mit den Interessen freier Entwicklung der Individuen übereinstimmen.

Hinsichtlich des politischen Systems und des Rechtsstaates entsprachen die Vorschläge in Vielem den Prinzipien westlicher Demokratien, aber es gab Erweiterungen. Die Grundlage einer neuen Verfassung waren die Grundrechte, sie sollten durch soziale Grundrechte erweitert werden, darunter ein justiziabel ausgestaltetes Recht auf Arbeit. Die Drittwirkung der Grundrechte sollte in die Verfassung aufgenommen werden, d.h. die Grundrechte sollten nicht nur im Verhältnis von Bürgern und Staat, sondern im Prinzip auch im Verhältnis der Bürger untereinander gelten, im Verhältnis der Bürger zu Unternehmen, Organisationen, Verbänden usw. Kontrollfunktionen sollten von zentralen staatlichen Institutionen auf eigenständig zu wählende Bürger-Organen übergehen, z.B. war ein eigenständig zu wählender, nicht durch politische Parteien dominierter Medienkontrollrat vorgesehen, der die Einhaltung demokratischer Spielregeln im Bereich von Presse, Rundfunk und Fernsehen kontrollieren, Machtkonzentrationen beschränken, Monopole und Manipulation durch einseitige Werbung oder Berichterstattung verhindern sollte. Teile dieser politischen Vorstellungen fanden sich im Verfassungsentwurf des Runden Tisches vom März 1989 wieder, nicht zuletzt durch die Mitwirkung von Rosemarie Will als Beraterin am Runden Tisch.

Insgesamt liefen diese Vorschläge auf eine politische Demokratie westlichen Typs und eine kapitalistische Marktwirtschaft mit selbständigen Unternehmen hinaus, in denen der Staat zwar Rahmenbedingungen setzte, aber nach meiner Vorstellung in seinem Einfluss erheblich beschränkt werden sollte (deutlich weniger Macht haben sollte als etwa in Westdeutschland) – zugunsten direkter Kontrolle durch die Bürger. Dies war und ist bis heute auch immer wie-

³ Die Infrastrukturbereiche und wichtige Industrien, z.B. Flugzeugbau (Airbus), Kraftwerke oder Kommunikationstechnik, wurden durch staatliche Programme entwickelt und kontrolliert, wenn auch seit den 1980er Jahren

der ein Streitpunkt, einige der linken westdeutschen Politiker und Intellektuellen warfen uns „Anti-Etatismus“ vor, denn für sie war gerade die Stärkung des Staates gegenüber den Unternehmen eine Voraussetzung für ein soziales, ökologisches und kulturelles Korrektiv. Viele ostdeutsche Intellektuelle der Reformergeneration der 1980er Jahre, zu denen ich gehörte, waren durch den Eindruck eines übermächtigen Apparates geprägt, der durch die Verschmelzung von Staatspartei, Staatsapparat und Wirtschaftsunternehmen zu einem „Monosubjekt“ (Michael Brie in: Humboldt-Universität, 1988: 33) funktionierte. Wir wollen einen in seiner Macht erheblich eingeschränkten Regierungs- und Staatsapparat, dafür aber umso mehr basisgebundene politische Kontrolle (z.B. durch Betriebsräte, Öffentlichkeitsbänke in Aufsichtsräten, Medienkontrollrat, öffentlich kontrollierte Ökoverwertungsgesellschaften, Elternvertretungen in Schulen und Kindereinrichtungen, paritätische Selbstverwaltung in Universitäten und Forschungseinrichtungen, Wahl der Betriebsleiter usw.).

Es ging also nicht um alleinige oder weitgehende Selbstregulation durch Märkte und nicht um Verzicht auf gesellschaftliche Regulation, sondern um eine *gesellschaftlich eingebettete Kapitalverwertungswirtschaft*, aber eben eingebettet in vielfältige *basisnahe* Organisationen der Bürger, die ihre Interessen selbst wahrnehmen und zwar auch, aber nicht nur durch staatliche Gremien vertreten lassen sollten. Was das Gemeinwohl jeweils ist, sollte durch die Interaktionen der Bürger in ihren verschiedenen Interessenlagen (Staatsbürger, Arbeiter, Miteigentümer, Mieter, Stadtbewohner, Eltern, Mediennutzer, Verbraucher usw. usf.) selbst bestimmt, artikuliert und auch durchgesetzt werden, durch die *politische Gesellschaft* (Dieter Segert) und *durch den Staat* in ihrer jeweiligen Besonderheit. Es sollte nicht länger so sein, dass der Staat den Bürgern sagt, worin ihr Gemeinwohlinteresse besteht und es in deren Namen durchsetzt – notfalls auch gegen sie und gegen ihren Willen. Die Bürger selbst sollten ihre Interessen gegenüber den Institutionen vertreten und durchsetzen können. Allerdings kam dem Staat dabei eine wichtige Rolle zu: er sollte die Einhaltung der Spielregeln sicherstellen, Machtungleichgewichte der Interessengruppen verhindern bzw. ausgleichen, als Schiedsrichter fungieren und den Rahmen der politischen Gesellschaft sicherstellen. Beide, Unternehmen wie Staat sollten in ihrer Macht beschränkt werden, eben durch die politisch organisierte Bürgergesellschaft.

Was also in unserem Flügel der SED-Reformer, dem Projekt Moderner Sozialismus und seinem Umfeld, 1988-1990 als Sozialismus verhandelt wurde – und was ich auch heute noch als Sozialismus bezeichnen würde – ist eine Gesellschaft, in der Kapitalverwertungswirtschaft und Staat so an die Lebenswelten und die politische Gesellschaft der Bürger gekoppelt sind, dass die Richtungen der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung stets auch die Räume für die freie und universelle Entwicklung der Individualität jedes einzelnen Menschen

erweitern, und zwar ohne Staatseigentum an den Produktionsmitteln, ohne zentrale Planwirtschaft, ohne Parteienherrschaft und Herrschaft der Machtapparate über die Bürger und ohne Dominanz der staatlichen Regulierung über eine politische und marktwirtschaftliche Selbstregulierung. Sehr ausführlich hat André Gorz dieses Konzept rezipiert und gewürdigt, wobei er aus meiner Sicht gerade die Elemente aufgegriffen hat, die mir besonders wichtig waren. (Gorz 1991: 34-38, vgl. auch Wiesenthal 1990 und Meuschel 1992: 324f)

Das Konzept war staatskritisch, aber aus meiner Sicht nicht grundsätzlich anti-etalistisch. Es war kapitalismuskritisch, aber nicht antikapitalistisch. Unser Konzept wies Gemeinsamkeiten mit der westlichen Zivilgesellschaftsdebatte auf. Aber die Zivilgesellschaftsdebatte präferierte Wachstumskritik und Beschränkung der Kapitalverwertung, während das Konzept des Modernen Sozialismus auf eine gestaltete und beschleunigte wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung setzte und von der Vorstellung lebte, durch Rückbindung an Öffentlichkeit und durch direkte Bürgervertretung ließe sich der Kapitalismus nicht primär nur einschränken oder zähmen, sondern so umgestalten, dass Kapitalverwertung zu einer ökologisch und sozial progressiven Art der wirtschaftlichen Entwicklung führen würde.

Exkurs: Moderner Sozialismus als Evolutionstheorie

Was ist „Moderner“ Sozialismus? Manche haben uns veräppelt, rieten, in die Modebranche zu wechseln (Freitag Nr. 42 vom 13.10.1995). Die intellektuelle Herausforderung an dem Konzept des modernen Sozialismus war und ist aus meiner Sicht, dass es auf einer evolutorischen Gesellschaftstheorie gründet. Dabei geht es um den Bezug zur Theorie der Moderne als einer Gesellschaft, die nur durch die *Permanenz ihrer Veränderung* existieren, nur durch andauernden Wandel, aneinander anschließende Umwälzungen, fortlaufende *Modernisierungen* bestehen kann, durch endlose wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Entwicklung.⁴ Eine evolutorische Theorie der Gesellschaft und des gesellschaftlichen Fortschritts findet sich in Ansätzen bei Marx, wenn auch eingebettet in eine stark von Hegel beeinflusste geschichtsphilosophische und teleologische Rahmenkonstruktion; gerade diese wurde (schlimm!) der dominante Bestandteil des sogenannten Historischen Materialismus,

⁴ Für Luhmann geht es „... um ein ständiges Erzeugen von Anderssein.“ Luhmann 1992 : 15. Marx sprach vom „ökonomischen Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft“ (1867: 15). Er und Engels beschrieben die „fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung“ schon im Manifest als das besondere der Epoche. In den Marx' Grundrissen findet sie die eine präzise Bestimmung des mit dem Kapitalismus entstandenen neuen Modus wirtschaftlicher Entwicklung „Alle bisherigen Gesellschaftsformen gingen unter an der Entwicklung des Reichtums – oder, was dasselbe ist, der gesellschaftlichen Produktivkräfte. [...] Das Kapital setzt die Produktion des Reichtums selbst und daher die universelle Entwicklung der Produktivkräfte, die beständige Umwälzung seiner vorhandenen Voraussetzungen, als Voraussetzung seiner Reproduktion. [...] Der Prozess der Entwicklung selbst als Voraussetzung desselben gesetzt und gewusst.“ „Die universelle Tendenz des Kapitals erscheint hier, die es von allen früheren Produktionsstufen unterscheidet.“ Marx 1857: 438ff

die evolutorischen Ansätze hat man meist übersehen (Schumpeter und Luhmann schätzen Marx dafür!).

Schumpeter war der erste, der für die Wirtschaft eine komplex ausgearbeitete *nicht teleologische Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung* vorgelegt hat, wenn auch nicht in der Absicht, sozialistische Perspektiven aufzuzeigen. Ihm ging es darum darzustellen, dass man Kapitalismus nur verstehen kann, wenn man ihn als Evolutionsmaschine begreift. Damit stand er quer zur gesamten damaligen Wirtschaftstheorie,⁵ aber hat die Grundlage einer Theorie moderner Gesellschaften, zumindest ihrer Wirtschaft⁶, gelegt.

Moderne Gesellschaften sind solche, in denen *Veränderung die Bedingung der Existenz* geworden ist und deren gesellschaftliche Strukturen, sei es die Kapitalverwertungsökonomie, die systemische Organisation von Wirtschaft, Politik und Kultur, die (relative) Autonomie der Subsysteme gegeneinander und die Scheidung der System- von den Lebenswelten der Menschen überhaupt nur verstanden werden können, wenn man sie funktional als Momente eines Evolution erzeugenden Zusammenhangs begreift.⁷ So geht es allen, die versuchen, ohne evolutorisches Know-how zu begreifen, warum Geld mehr Geld hecken kann, warum sich die gesellschaftlichen Institutionen den Menschen gegenüber verselbständigen und als über ihnen stehende autonome Mächte erscheinen und wozu Finanzmärkte gut sein sollen: Man sieht absurde Verkehungen, Entfremdungen, Verselbständigungen, ist zu permanenter Klage (genannt Kritik) geneigt – oder resigniert und gewöhnt sich opportunistisch an die Welt der Mehrfach-Spiegelungen im Land der roten Königin⁸, das man nicht verstehen kann und folglich auch nicht gestalten und verändern will. Tatsächlich sind die Absurditäten, Verkehungen und Ambivalenzen der Selbstverwertung des Werts zu verstehen als Produkte der Evolution von Evolution, also der Entstehung einer Gesellschaftsformation, deren Evolution nicht mehr exogen, temporär und nur unter besonderen Handlungsbedingungen erfolgte, sondern die einen permanent wirkenden Evolutionsgenerator in sich ausgebildet hat – bzw.

⁵ Und wohl auch zu den meisten heutigen Wirtschaftswissenschaftlern, egal ob sie neoklassisch, neoricardianisch, keynesianisch, neokeynesianisch oder marxistisch sind. Vgl. Röpke, Stiller (2006: XII, XIV und Marx selbst hat den Zusammenhang zwischen seiner Theorie der Entwicklung der Produktivkräfte und der damals gerade erschienenen Evolutionstheorie Darwins sehr genau gesehen, auf Darwin verwiesen und ihm nicht zufällig ein Exemplar des Kapitals geschickt, was Darwin allerdings nicht gelesen hatte. Vgl. Marx 1975: 361f, 392 Fn.) Vgl. Röpke

⁶ In der ersten Auflage der „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ machte Schumpeter den Versuch, zu skizzieren, wie ein evolutorisches Modell für andere Gesellschaftsbereiche, die Politik, die Kunst, Wissenschaft u.a. aussehen könnte, später hat er solche auf völliges Unverständnis und Ablehnung in der wissenschaftlichen Community stoßenden Innovationen vermieden, auch um seiner Karriere nicht zu sehr zu schaden. Vgl. Röpke, XII

⁷ Luhmann 1998, Kapitel 3.

⁸ Die Red-Queen-Hypothese veranschaulicht die Überschussproduktion als Stabilitätsbedingung evolvierender Systeme. Sie wurde 1973 von [Leigh Van Valen](#) vorgeschlagen, der sie [Lewis Carrolls Alice hinter den Spiegel](#) entlehnte: „Hierzulande musst du so schnell rennen, wie du kannst, wenn du am gleichen Fleck bleiben willst. Und um woandershin zu kommen, muss man noch mindestens doppelt so schnell laufen!“ <http://de.wikipedia.org/wiki/Red-Queen-Hypothese>. Vgl. auch Binswanger (1992)

mehrere, denn wahrscheinlich ist nicht nur die Kapitalverwertungsökonomie eine eigenständige Evolutionsmaschine, sondern auch die Kultur, die Wissenschaft, die Kunst u.a.

Moderne Gesellschaften sind also Evolutionsmaschinen und das ist zunächst weder gut noch schlecht, sondern ein Resultat einer mehr als 10.000 Jahre langen Menschheitsgeschichte, in der jedes Stückchen verbesserter Entwicklungsfähigkeit einen Vorteil gegenüber anderen Produktionsweisen und anderen Gesellschaften bedeutete und sich daher in der Regel durchsetzte, bis schließlich im 18. und 19. Jahrhundert die eingebaute komplexe Evolutionsmaschine entstanden war, deren wichtigste Teile u.a. autonome Innovatoren (Unternehmer), Kreditemissions- und -demissionsverfahren und den Erfolg messende Märkte für Rekombinationen sind.

Auch permanente gesellschaftliche Entwicklung ist offen, die in der Zukunft liegenden Resultate sind unbestimmt und unbestimmbar. Aber sie ist hinsichtlich der *Entwicklungsrichtungen* nicht beliebig, was nur scheinbar ein Widerspruch ist. Die Evolutionsrichtungen der gesellschaftlichen Veränderung kommen zwar nicht durch Teleologie, auch nicht durch Orientierungen auf künftige Zustände oder Ziele zustande, diese spielen nur für einzelne Akteure, deren Wollen und deren begrenzten lokalen und zeitlichen Handlungshorizont eine Rolle, nicht aber dafür, welche Resultate bleiben, welche untergehen, wie milliardenfache einzelne Handlungen zu historischen Trends rekombinieren und kumulieren. Wenn man also fortschreitende gesellschaftliche Veränderung verstehen will, und dazu gehört auch, Fortschritt zu verstehen, muss man eine Theorie haben, die die Selektivität von Innovationen erklärt. Entwicklungsrichtungen kommen durch *selektive Rekombination* vieler, sehr, sehr vieler einzelner Innovationen zustande.⁹ Auch die sogenannten Basisinnovationen sind Bündel vieler Millionen einzelner kleiner Veränderungen entlang eines neuen Grundmusters, das die Veränderungen in der *Selektionsrichtung* einer Entwicklungslinie bewirkt und dem fast immer ein Funktionswandel des jeweiligen Mittels oder Verfahrens zu Grunde liegt. Das gilt wohl ebenso für Produktions- und Konsumtionsmittel und technische Verfahren wie für Institutionen, Rechtsformen, kulturelle Codes oder Kunstwerke.

In welche Richtung also die fortschreitende Selbstveränderung einer Gesellschaft erfolgt, das hängt von den Selektionsrichtungen der Innovationsprozesse (der wirtschaftlichen, kulturellen, institutionellen) ab, von der Art und Weise, wie Innovationen selektiert werden, welche angereichert und welche verworfen werden. Hier sind wir an der vordersten Front der wissenschaftlichen Erkenntnisproduktion, an den noch offenen Fragen der Gesellschaftstheorie. Klar ist, dass die Kapitalverwertungsmaschine ständig Innovationen erzeugt und selektiert

⁹ Im Interesse der politischen Korrektness habe ich mir angewöhnen müssen, an dieser Stelle zu betonen, dass Innovationen, nicht Menschen und auch nicht deren Gene selektiert werden. Es geht um technische, kulturelle oder wissenschaftliche Verfahren, Erfindungen, die dazu gehörigen sachlichen Mittel und Produkte und die ihnen dazu gehörigen Ideen und Baupläne.

und dabei eine bestimmte Richtung des Wandels der Produktionsmittel, der Produkte, der Verfahren, der Produktions- und Lebensweise einschlägt. Formal ist diese Richtung einfach dadurch gegeben, dass Innovationen nur dann verbreitet werden, wenn sie rentabel sind, also die Produktivität zunächst des einzelnen Prozesses, dann aber mittelbar (durch Rückkopplungen, die hier nicht im einzelnen untersucht werden können) in der Regel (nicht immer) auch die des Systems verbessern, weil sie mehr einbringen, als sie selbst gekostet haben. Weil Kapitalverwertung genau dies sicherstellt, also einen permanenten Innovationsdruck erzeugt und zugleich nur solche Innovationen und solche Rekombinationen passieren lässt, die einen Überschuss über ihre Kosten abwerfen, konnte eine Kapitalverwertungsökonomie sich gegen andere, die keine solchen Evolutionsmaschinen sind, durchsetzen.

Die aus meiner Sicht bedeutendste Leistung von Marx ist, in der Theorie der relativen Mehrwertproduktion gezeigt zu haben, dass diese Art der wirtschaftlichen Entwicklung und die Richtung der Veränderung der gegenständlichen Welt, der Produktionsmittel, der Konsumgüter, der Dienstleistungen, der Produktions- und Konsumtionsweise *sozialökonomisch nicht neutral ist*, es keinen sozioökonomisch neutralen technischen Fortschritt gibt, sondern dass die Selektion nach den formal simplen Kriterien eines steigenden Mehrwerts bzw. der Produktivität und Profitabilität eine *sozialökonomisch bestimmte Richtung* der Veränderung der Produktions- und Lebensweisen erzeugt: Die Fabrik, die Arbeiterstädte, die Arbeitswelt wie auch die Lebenswelten der „Großen Industrie“ sind Produkte wirtschaftlicher (und in gewisser Weise auch kultureller) Evolution, die durch die Selektion von Innovationen – zunächst einfach nach Profitabilitätskriterien – zustande kommen, an die Selektionsbedingung eines sinkenden Werts der Ware Arbeitskraft gebunden sind.¹⁰ Damit hat Marx gezeigt, wie eine richtungsbestimmte sozioökonomisch fortschreitende Entwicklung theoretisch gedacht werden kann, ohne auf teleologische Konstruktionen zurückgreifen zu müssen (was ihn nicht gehindert hat, dies an anderen Stellen dann doch zu tun). Dies könnte eine (mehr oder weniger vergessene) Grundlage für eine nicht normative Theorie gesellschaftlichen Fortschritts (als richtungsbestimmtem Fortschreiten) werden. Dabei wird aus heutiger Sicht aber klar, dass diese sozialökonomische Richtungsbestimmtheit der wirtschaftlichen Entwicklung nicht allein durch das formale Prinzip der Kapitalverwertung erklärt werden kann. Vielmehr hängt sie vom gegebenen *sozialökonomischen Kontext* ab – den sie aber zugleich längerfristig verändert. Anders gesagt: Nur unter den Bedingungen einer vorgefundenen (vorkapitalistischen) Klassengesellschaft und im sozioökonomischen Kontext der sogenannten „ursprünglichen Akkumulation“, die noch kein Resultat von Kapitalverwertung war, führt Selektion nach den Kriterien der Produktion von Mehrwert und Profit zu einer Welt der „fortschreitenden Unterordnung der Arbeit unter das Kapital“. In einem anderen Kontext – und dies wissen wir

durch die Analyse der Ambivalenz der Moderne zwischen Faschismus, Stalinismus, New Deal und Wohlfahrtskapitalismus – führen die gleichen formalen Selektionskriterien zu anderen sozioökonomischen Entwicklungsrichtungen. In einer eher egalitären Gesellschaft mit starken Bindungen der Ökonomie an die Lebenswelten der Menschen und einer Kultur der demokratischen Mitbestimmung sind andere sachliche Entwicklungsrichtungen der Arbeitsweise, der Produktionsmittel, der Konsumgüter und der Lebensweisen rentabler als in einer Klassengesellschaft. Nicht das formale Selektionskriterium, $G-G'$, die Kapitalverwertung, bestimmt die konkreten Entwicklungsrichtungen, sondern die konkreten gesellschaftlichen Kontexte bestimmen, zu welchen Entwicklungsrichtungen dieses formale Selektionskriterium führen wird. Im Rahmen einer gegebenen sozialstrukturellen Grundlage sind Entwicklungsrichtungen zeitnah also durchaus von Entscheidungen der Akteure abhängig, aber eben nicht so sehr von Einzelentscheidungen (wobei die Innovatoren, sofern sie Erfolg haben, natürlich gewichtigen Einfluss nehmen, aber sie wissen ja vorher nicht, ob sie Erfolg haben werden), sondern von den Resultierenden der vielen Kommunikationsprozesse insgesamt.

Profitabilität ist formal ein unhintergebares Kriterium für Innovationen und Investitionen. Denn in einer auf Evolution basierten modernen Gesellschaft wird es unter den vielen, vielen laufend in Gang gesetzten Innovationsversuchen immer eine erkleckliche Zahl gescheiterter geben. Nur so können ja Selektivität, Richtungsbestimmtheit und Fortschritt überhaupt zustande kommen: Von 100 potenziellen Innovationen werden nur eine oder zwei tatsächlich langfristig wirksam. Das bedeutet: Für jede einzelne Innovation muss gelten, dass sie mehr einbringen muss, als sie gekostet hat, deutlich mehr, weil nur dann die gesellschaftlichen Kosten der Entwicklung insgesamt gedeckt sind.¹¹ Dies ist eine Bedingung jeglicher Evolution und hat mit Wachstum und Wachstumszwang noch gar nichts zu tun (aber viel mit den Regeln, die im Land der roten Königin gelten). Moderne Gesellschaften können nicht ohne Entwicklung, permanente selektive Selbstveränderung bestehen, und die kostet eben; aber sie müssen nicht ständig wachsen. Natürlich drückt sich Entwicklung oft auch irgendwo in Wachstum aus, zum Beispiel werden die Produktivität oder die Ressourceneffizienz wachsen. Bestimmte neue Branchen, Regionen oder Konsumbereiche wachsen, andere schrumpfen. Das Bruttoinlandsprodukt wird sich qualitativ verändern, dies kann, muss aber nicht als Wachstum erscheinen, insbesondere dann nicht, wenn die Bevölkerung stagniert oder zurückgeht und das Wachstum hier durch Schrumpfung an anderer Stelle kompensiert wird. Bei einer immer noch schnell wachsenden Weltbevölkerung wird das BIP weltweit auch

¹⁰ Diese Erkenntnis verdanke ich meinem Lehrer Prof. Dr. Hans Wagner, abgewickelt 1992 an der Humboldt-Universität zu Berlin.

¹¹ Zudem muss es ja auch einen beträchtlichen Teil von Entwicklungen geben, die außerwirtschaftliche Effekte haben, aber wirtschaftliche Kosten verursachen. Ohne das Kriterium der Produktivitätssteigerung und die Forderung, dass eine wirtschaftliche Innovation ihr Kapital verwerten und einen Überschuss einbringen soll, gäbe es keine Ressourcen für Entwicklungen, die außerhalb der Wirtschaft bereit stehen.

quantitativ zunehmen, zunehmen müssen. Wichtiger ist aber, dass es sich dabei *qualitativ* verändert, zum Beispiel, indem fossile durch regenerative Energie ersetzt wird, der Anteil von Bildungsleistungen im BIP steigt und der von Werbung, Drogen und Finanzberatungen zurückgeht.

Was ist nun unter diesen Voraussetzungen moderner Sozialismus im Unterschied zu modernem Kapitalismus? Zunächst einmal ist die grundlegende Maschinerie der Moderne, also die Apparate, mit denen Inventionen erzeugt, Innovationen versucht, verbreitet, rekombiniert und selektiert werden, im Prinzip die gleiche.¹² Der Unterschied besteht in der Selektionsrichtung. Führt die Kapitalverwertung zu einer Selektionsrichtung, in der die Veränderung der Produktions- und Konsumtionsmittel und der Arbeits- und Lebensweisen dominant die Macht einer sozialen Gruppe über die andere verfestigt, Teile der Bevölkerung aus Karriere und Teilhabe am Fortschritt ausschließt, in einen *entwicklungslosen Modus des bloßen Überlebens* versetzt, Abhängigkeit und soziale Ungleichheit vergrößert? Oder führen unternehmerisches Handeln, Investitionen und Kapitalverwertung zu einer Selektionsrichtung, bei der die Veränderung der Produktions- und Konsumtionsmittel, der Arbeit und der Lebenswelt, der Infrastruktur und der gesellschaftlichen Naturverhältnisse die *Entwicklungsmöglichkeiten der Individuen vergrößert*, und zwar im Prinzip die aller Individuen (und in jedem Fall nicht die Entwicklung der einen auf Kosten der anderen Individuen)?¹³ Handelt es sich also um eine Entwicklung, bei der das wirtschaftliche Fortschreiten zugleich Fortschritt in der freien Entwicklung der Individuen ist – ausgehend von dem jeweils gegebenen Stand und von da aus jeweils ein Stück weiter, aber im Prinzip endlos und ohne Schranke?¹⁴

Beide Richtungen wirtschaftlicher Entwicklung sind an die Voraussetzung der rentablen Verwertung der eingesetzten Ressourcen und der Profitabilität gebunden, aber ihre Richtung ist erkennbar zu unterscheiden, auch empirisch. Faktisch haben wir es im 20. Jahrhundert überall mit beiden Tendenzen zu tun, mit unterschiedlichen Mischungen beider. Ob aber die eine oder die andere Tendenz dominiert, ob Subsumtion oder Teilhabe der Individuen die Oberhand hatten, unterscheidet sich nach Raum und Zeit. Klar scheint aus meiner Sicht, dass Kapitalverwertung formal mit beiden Entwicklungsrichtungen vereinbar ist. Eine starke

¹² So übrigens auch Schumpeter, der an verschiedenen Stellen zeigt, dass die Grundfunktionen des Innovationsprozesses und die daraus folgenden gesellschaftlichen Funktionen nicht nur in einer privatkapitalistischen Ökonomie, sondern auch bei Robinsion oder in einer Staatsplanwirtschaft gegeben sind, wenn es sich nicht um statische Kreislaufwirtschaften handelt.

¹³ Genau dieses Kriterium qualifiziert die Politik der vergangenen Jahrzehnte im Unterschied zu der des New Deals und der Nachkriegszeit als dominant antisozialistisch und unsozial: Der Versuch, die sogenannte Wachstumsschwäche der Wirtschaft durch verstärkten Druck auf die Individuen und mehr soziale Ungleichheit statt durch die Entwicklung ihrer Ressourcen und Fähigkeiten zu überwinden. Dies gilt auch und gerade für die mit der Agenda 2010 eingeschlagene Politikrichtung.

¹⁴ Hier ist festzuhalten, dass eine Gemeinwohlorientierung allein noch keine sozialistische Entwicklungsrichtung ausmacht, zumindest dann nicht, wenn Gemeinwohl in Differenz zu der Entwicklung der Individuen, also als Erhaltung und Entwicklung der allgemeinen und gemeinsamen Grundlagen und Bedingungen einer Gesellschaft verstanden wird.

Abhängigkeit besteht aber hinsichtlich der Eigentums- und Einkommensverteilung, hinsichtlich der Verteilung demokratischer Mitbestimmungs- und Entscheidungsmöglichkeiten und hinsichtlich der Kräfteverhältnisse zwischen bestimmten sozialen Gruppen und Interessenlagen. Nicht die Evolutionsmaschine, sondern die Kämpfe der Akteure entscheiden, in welche Richtung die Maschinerie der Moderne läuft. (Nur anhalten kann man sie nicht – aber sollte man das wollen? Was sagte die rote Königin? „Hierzulande musst du so schnell rennen, wie du kannst, wenn du am gleichen Fleck bleiben willst.“)

Diese Voraussetzungen einmal angenommen, hängt die Verwirklichung sozialistischer Ziele nicht von der Abschaffung des Kapitals ab und die Verstaatlichung der Banken oder der Großindustrie ist keine Bedingung (auch wenn sie unter bestimmten Umständen ein probates Mittel sein kann, Kräfteverhältnisse zu verändern), sondern von der Veränderung der Sozialstruktur, der Institutionen, der demokratischen Verfahren, der Kräfteverhältnisse und der Kultur. Sozialismus ist ein richtungsbestimmendes Regime fortschreitender wirtschaftlicher Entwicklung in einer Kapitalverwertungsökonomie; sein Fortschrittskriterium ist die freie Entwicklung der Individuen als Möglichkeit des endlosen Hinauswachsens der Fähigkeiten und Bedürfnisse über das jeweils Gegebene. Sozialismus ist wirklich, wenn die Entwicklung der Gesellschaft zugleich auch Entwicklung aller Individuen ist. Sozialismus ist keine Gesellschaftsordnung, sondern ein möglicher Entwicklungsmodus der Moderne und ein Fortschrittskriterium.

Freilich war das Konzept 1990 noch nicht sehr präzise und nicht so weit ausgearbeitet. Aber die Grundidee einer evolutorisch fundierten Neubegründung von Sozialismus als Entwicklungsmodus einer modernen Gesellschaft war vorhanden. Und der Herbst 1989 bot Gelegenheit, konzeptionell auszuprobieren, wie praktische Schritte eines solchen Umbaus aussehen könnten.

Akteure in der Volksrevolution des Herbst 1989

Als die Revolution im September und Oktober 1989 begann, war unser Konzept unfertig, lag nur in ersten Ansätzen und zum Teil durchaus nicht ganz widerspruchsfreien Texten verschiedener Autoren zu eher speziellen Aspekten vor. Wir hatten seit dem Sommer 1989 mit Hochdruck daran gearbeitet, Bündnispartner zu gewinnen, zugleich das Konzept selbst weiterzubringen und Lösungen für praktische Fragen auszuarbeiten – und dies unter großem Zeitdruck. So hat beispielsweise die Rede von Michael Brie auf einer Demonstration von SED-Mitgliedern am 8.11.1989 gegen das Krenz-Politbüro und für einen sofortigen Sonderparteitag dazu beigetragen, den letzten Rettungsversuch der SED-Obrigkeit zu vereiteln (Brie, Michael 1989).

Es war aber ausgeschlossen, den „Modernen Sozialismus“ als Blaupause für politische Gestaltungsansätze nach dem Sturz der SED-Diktatur zu benutzen. Wir waren nur eine Gruppe unter vielen und hatten auch im größeren Kreis der SED-Reformer keine Mehrheit. Das Konzept des Modernen Sozialismus war ein Reformkonzept, setzte nicht auf Revolution und Umsturz. Daher mussten immer einzelne Reformschritte für einen Übergang aus einem staatssozialistisch-planwirtschaftlichen System und der SED-Herrschaft in eine moderne Gesellschaft mit sozialistischem Entwicklungsmodus gefunden werden, Schritte, die groß genug waren, um eine Dynamik der Veränderung in Gang zu halten, aber zugleich eine gewisse Stabilität gewährleisten sollten. Ich erinnere mich an die Erarbeitung eines Modells für ein teilkonvertierbares Währungssystem für eine Übergangszeit, das dringend nötig war, um bei offener Grenze wirtschaften zu können, oder an den Entwurf eines Mitbestimmungs- und Betriebsverfassungsgesetzes, das die Idee einer Öffentlichkeitsbank neben denen für Eigentümer und Belegschaft vorsah und das die betriebliche Mitbestimmung auch auf die strategischen Investitionsentscheidungen des Unternehmens ausdehnte. Auch die Idee eines öffentlich arbeitenden, parteifernen Medienkontrollrates wurde zunächst umgesetzt. Auf die Mitarbeit von Rosemarie Will am Verfassungsentwurf des Runden Tisches und die dabei konzipierten Erweiterungen der Grundrechte und der Demokratieformen habe ich schon hingewiesen. Schließlich muss auch der Versuch genannt werden, die in der Volksrevolution entstandene breite Bürgerbewegung durch Formen der basisdemokratischen Einbindung in gesellschaftliche Prozesse und staatliche Entscheidungen zu festigen, zum Beispiel an den in Schulen und Hochschulen. (Vgl. Land 2000: 163ff)

Für uns selbst war das eine produktive, interessante, lehrreiche und unvergessliche Zeit (vgl. Segert 2008). Mit einer weitgehenden oder gar vollständigen Umsetzung unseres Konzepts konnte niemand rechnen, aber man hoffte, für die eine oder andere Gestaltungsidee öffentliche Zustimmung und Mehrheiten zu finden. Und das war ja zumindest anfangs auch der Fall. Es änderte sich aber mit der Umorientierung der Volksrevolution von einer Erneuerung und Neukonstituierung der DDR-Gesellschaft auf eine schnelle Wiedervereinigung. Warum kam es dazu? Hatten wir die Bedeutung der *deutschen Frage* unterschätzt?

Der Untertitel des „Umbaupapieres“ lautete „Argumente gegen die Wiedervereinigung“. Die deutsche Einheit war sicher für die älteren Generationen der Bevölkerung wie der Intellektuellen in den damaligen beiden deutschen Staaten sehr wichtig, auch für die SED-Parteiintellektuellen der ersten beiden Generationen, die an eine deutsche Vereinigung unter sozialistischen oder sozialdemokratischen Vorzeichen dachten, ebenso für die politisch unterdrückte bürgerliche Opposition, die sich am Vorbild der westdeutschen Gesellschaft der 1950er und 1960er Jahre orientierten (Land, Possekel 1994: 52ff). Für die dritte Generation der DDR-Intellektuellen, deren politische Identität sich in den späten 1970er und 1980er Jahren herausbildete war die deutsche Wiedervereinigung ein nachrangiges Thema (ebenda: 57,

61). Die Schlüsselereignisse ihrer politischen Sozialisation waren die Biermann-Ausbürgerung und deren Folgen, die polnische Solidarnosc und Gorbatschows Perestroika. Aber auch für die meisten Personen in den Gruppierungen der Opposition und des Widerstands gegen die SED war die Wiedervereinigung kein zentrales Thema. Zwar spielte das Ost-West-Verhältnis und das Verhältnis von BRD und DDR überall eine wichtige Rolle; die Entwicklungen in Westdeutschland wurden bekanntlich von der gesamten DDR-Bevölkerung und natürlich auch in intellektuellen Kreisen intensiv verfolgt und diskutiert, aber nicht oder kaum als Frage der staatlichen Vereinigung. Anderes schien damals weit wichtiger.

Dies gilt auch für den Kreis des Projekts Moderner Sozialismus. Uns war mehr oder weniger klar, dass unser Konzept einer sozialistischen Moderne an den Grundstrukturen der westlichen Gesellschaften ansetzte und deren sozial-progressive Entwicklungsmöglichkeiten als Modell für die Umgestaltung des Staatssozialismus benutzte – also keinen fundamentalen Gegensatz zwischen zwei verschiedenen Ordnungen postulierte, keine Unvereinbarkeit behauptete. Mein Lehrer Hans Wagner sagte schon 1988 zu mir, dass es in Westdeutschland mehr Sozialismus gäbe als in der DDR.

Sozial progressive Reformen im Westen wie auch die erhofften durch Reformen vorangetriebenen Veränderungen der staatssozialistischen Gesellschaften würden in die gleiche Richtung weisen, glaubten wir. Damit waren aber die Überwindung des kalten Krieges, des Ost-West-Gegensatzes und das Verhältnis der DDR zur BRD – der Gesellschaften, nicht nur der Staaten – auf einer konzeptionell neuen Grundlage zu denken. Eine Skizze dafür, geschrieben von André Brie und Wolfram Wallraf, ist im Umbaupapier enthalten. Dort war zu lesen: „Praktisch wird die Mauer beseitigt werden müssen.“ (Land, Umbaupapier 1990: 171). Im Zentrum stand aber auch für uns nicht die deutsche Einheit, sondern „... die Existenz der DDR als souveränem Staat“ (ebenda: 169), weil wir darin die *Voraussetzung für die Verwirklichung selbstbestimmter gesellschaftsverändernder Reformen* in unserer Welt sahen. Sie sollten verbunden sein mit einem Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung und einer vertieften wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und ökologischen *Kooperation* der beiden deutschen Staaten; Konföderation oder Vereinigung waren Fragen, die aus dieser Perspektive standen, wenn diese gesellschaftsverändernden Reformen in Gang gekommen, die Grundstrukturen einer anderen DDR konsolidiert und die Krise überwunden wären.

Über die Frage, warum es zwischen dem Dezember 1989 und dem März 1990 zu einem dramatischen Stimmungswandel kam und eine Bevölkerungsmehrheit immer klarer für eine schnelle, möglichst sofortige Vereinigung votierte, ist viel debattiert und geschrieben worden. Aus meiner Sicht¹⁵ lag dies vor allem daran, dass im Dezember immer offensichtlicher wurde, dass es keine legitimen, handlungsfähigen und auch handlungsmächtigen politischen

Akteure in der DDR gab – und sich im Herbst 1989 auch nicht gebildet hatten: die konservativ und kopflos agierende Modrow-Regierung, die nicht legitimierte Volkskammer, der Runde Tisch, der nicht regieren, sondern nur kontrollieren wollte, die vielen westdeutschen Berater – alle verwalteten irgendwie eine Krise und warfen mit Visionen um sich, aber niemand vermittelte der Bevölkerung den Eindruck, die dramatische Lage dieses ansonsten wunderschönen Herbstes irgendwie positiv wenden zu können. Die aus meiner Sicht einzig legitime Möglichkeit wäre gewesen, die Modrow-Regierung zu stürzen, die Volkskammer aufzulösen, den Runden Tisch zur geschäftsführenden Regierung zu erklären und baldmöglichst eine verfassungsgebende Versammlung zu wählen und einzuberufen.¹⁶ Darauf hätten sich SED-Reformer und Bürgerbewegung einigen, dabei hätten sie kooperieren müssen. In beiden Kreisen wurde dieser Weg aber von der Mehrheit verworfen. Viele SED-Reformer scheuten davor zurück, die „eigene“ Regierung zu stürzen, einen Putsch gegen die eigenen Leute in Gang zu setzen. Und die meisten Vertreter der Bürgerbewegung wollten Macht kritisieren, aber nicht ausüben, vor allem aber in keiner Weise mit irgendwelchen Leuten aus der SED gemeinsame Sache machen. So verstrich die einmalige Gelegenheit, eine deutsche Revolution bis zu einem basisdemokratischen Verfassungskonvent voranzutreiben, „Gesellschaftsgestaltung durch Verfassungsgebung“ (Rosemarie Will) zu praktizieren und aus der Volksbewegung heraus einen handlungsmächtigen und legitimierten Akteur zu erschaffen.

So kam es, dass die Bundesrepublik Deutschland, die Bundesregierung, der Bundeskanzler und die vielen anderen Akteure aus dem Westen für die Volksbewegung in der DDR die einzigen legitimen und handlungsmächtigen Akteure wurden, von denen man Lösungen erwarten und an die man sich wenden konnte. Das Votum für den schnellen, möglichst sofortigen Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland hatte nur wenig mit nationaler Identität und all diesen angeblichen Zusammengehörigkeitsgefühlen zu tun – es war einfach eine Entscheidung für Akteure, denen man etwas zutraute und die die Fähigkeit, die Ressourcen und die Macht hatten, mit der Situation klarzukommen.

Perspektiven?

Nachdem im Februar und März 1990 die Entscheidung für eine schnelle Vereinigung fiel, und zwar über eine Wirtschafts- und Währungsunion und auf dem Wege eines Beitritts zur Bundesrepublik Deutschland, war bald klar, dass weder eine Neukonstitution der DDR noch sozialökonomische oder politische Innovationen durchsetzbar waren. Denn es wurde ja nicht nur das Grundgesetz in Kraft gesetzt, sondern bis auf temporäre Übergangsregelungen und

¹⁵ Ausführlicher in: Land, Possekel 1998: 198ff.

¹⁶ In dem Entwurf der Rede von Michael Brie (11.8.1989) war von einer Regierung der nationalen Rettung die Rede.

wenige Ausnahmen die gesamte Rechtsordnung. Mehr noch: Auch die Organisationen, Parteien, Gewerkschaften und Verbände, Landes- und Kommunalverwaltungen wurden entweder aus dem Westen übertragen oder durch Vereinigung der Ost-Organisationen mit den entsprechenden westdeutschen gebildet – bis auf wenige Ausnahmen bei Dominanz der westdeutschen – oder sie wurden als Kopien entsprechender westdeutscher Strukturen angelegt, wie bei den Landes- und Kommunalverwaltungen. Sicher gab es Unterschiede, aber es waren wenige, meist irrelevante (grüner Rechtsabbiegepfahl) oder eben nur temporäre (z.B. die Fristenregelung des Schwangerschaftsabbruchs). Die Hoffnung, dass es im Zuge der deutschen Vereinigung zu längst fälligen Reformen des Grundgesetzes, der Hochschulverfassung, des Betriebsverfassungsgesetzes, der Parteistrukturen, der Sozialsysteme, des Gesundheitssystems o.ä. kommen oder gar die entstandene Bürgerbewegungsdemokratie erhalten werden könnte, haben sich bald als Trugbilder herausgestellt. Sicher gibt es einige interessante Besonderheiten: die Landwirtschaft, den Naturschutz, die Berufsausbildung, das immer noch deutlich bessere Angebot öffentlich finanzierter Kinderbetreuung, die PDS, heute Linkspartei.

Letztendlich aber ist von den praktischen Gestaltungsansätzen und Vorschlägen des Herbst 1989 wenig in die deutsche Vereinigung eingegangen. Das betraf aber nicht nur das Projekt Moderner Sozialismus, es betraf nicht nur die verschiedenen linken Reformströmungen, die aus der Auflösung der SED entstanden waren und die teilweise in der PDS, teilweise eigenständig und teilweise in Organisationen westdeutscher Herkunft weiter existierten. Es gilt auch für die Bürgerbewegungen und die im Herbst 1989 entstandenen ostdeutschen Parteien wie die SDP oder den demokratischen Aufbruch. Kreativität wurde benötigt, aber nicht um neue Lösungen zu finden, sondern um den Transfer des westdeutschen Systems umzusetzen und Unternehmen, Verwaltungen, Organisationen nach einem bestehenden Vorbild aufzubauen. Die Frage nach einem innovativen Umbau dieses Systems selbst war auf wenigstens 10 Jahre zurückgestellt. Das hatte Vorteile – es ging schneller und Westdeutschland hat den Transformationsprozess mit aus der Perspektive von 1989 ungeahnten Finanztransfers gestützt, insbesondere um die Sozialsysteme in Funktion zu setzen und zu erhalten; auch die staatlichen Funktionen und das Budget der ostdeutschen Bundesländer und der Kommunen wären ohne Transfers nicht finanzierbar, wirtschaftliche Investitionen wurden und werden durch staatliche Förderung unterstützt und auch die privaten Investitionen stammen in erheblichem Maße aus westdeutschen Quellen. Der kurzfristige wirtschaftliche Schock (1990-1993) wurde auf diese Weise erheblich gemildert und die Friktionen für die Bevölkerung waren deutlich geringer als in anderen Transformationsländern.

Aber eine Transformation, die die Chance zu grundlegenden Reformen nicht nutzte, obwohl der Reformbedarf auch in Westdeutschland sehr wohl gesehen wurde, hat eben auch Kehrseiten. Vor allem hat dies aus meiner Sicht zu einer Verfestigung der wirtschaftlichen Rück-

stände und der Transferabhängigkeit im Osten geführt, weil eben zu wenige innovative wirtschaftliche Entwicklungen in Gang gekommen und zu viele (mehr oder weniger überflüssige) Kopien und verlängerte Werkbänke westdeutscher Unternehmen entstanden sind, für die es bei stagnierenden Märkten keinen langfristigen Bedarf gab.¹⁷ Mit dieser Hypothek, einer wenig innovativen deutschen Vereinigung als Resultat eines anfangs sehr innovativen und kreativen gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR, werden wir noch lange zu tun haben. Denn die erforderlichen Reformen wurden nicht nur verzögert, als sie dann mit Rot-Grün endlich begannen, gingen sie im Wesentlichen in die falsche Richtung: Agenda 2010, Finanzmarktliberalisierung, EU-Erweiterung ohne hinreichende Regelung der sozialen europäischen Integration, Hochschulreform, Exzellenzinitiative – um nur einige der falschen Weichenstellungen zu nennen. Jetzt, im Jahre 2009, beginnt die Öffentlichkeit langsam zu begreifen, dass die Funktionsfähigkeit der Moderne nicht durch Sozialabbau, Lohnkürzungen, Deregulierung der Märkte erhalten werden kann und dass Druck auf die Individuen nicht zu mehr Leistung, sondern zu weniger Kreativität und mehr Anpassung führen. Man könnte lernen, dass mehr Teilhabe, mehr Spielraum und mehr Ressourcen für die freie Entwicklung der Individuen am Ende auch die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft verbessert und der wirtschaftlichen Entwicklung nutzen. Vielleicht wird dann der „Moderne Sozialismus“ wieder nachgefragt.

Ausgangspunkt des Konzepts einer sozialistischen Moderne war die wissenschaftliche Suche nach einer Antwort, warum das staatssozialistische System offensichtlich nicht funktionierte, nicht zu Selbstentwicklung, nicht zu Reformen in der Lage war, wofür aus unserer Sicht eben nicht nur stalinistische Entartungen ursächlich waren, sondern die Grundkonstruktion selbst. Aber die Kernelemente unserer Theorie stammten aus einer Analyse der westlichen Moderne, die sich mit der Frage beschäftigte, wie die Ambivalenz von sozialem Fortschritt und Unterdrückung der Individuen zu erklären sei und was die Bedingungen sozialer Progressivität in modernen, auf der Permanenz von Evolution basierten Gesellschaften sein könnten. Die Grundideen dieses Konzepts waren also keinesfalls an die besonderen Bedingungen des Ostblocks oder der späten DDR gebunden, es war mit dem Verschwinden des Staatssozialismus keinesfalls obsolet. Man hätte sogar vermuten können, dass es in eine auf die EU und die neue „Berliner“ Bundesrepublik ausgerichtete sozial progressive Reformstrategie sehr gut passt. Trotzdem ist weder an dem Konzept selbst noch an daraus folgenden praktischen Reformvorschlägen weiter gearbeitet worden, heute ist es praktisch tot. Das hat vermutlich mehrere Ursachen:

Im Januar und Februar 1990 gingen die Akteure verschiedene Wege. Einige wollten die PDS umgestalten, andere neue Parteien gründen, einige versuchten, in die SPD zu kommen (die

¹⁷ Ausführlicher in: Land, Willisch 2005 und Land 2006

wollte natürlich mit selbstbewussten Ex-SED-Reformern nichts zu tun haben, reuige Sünder hatten bessere Chancen), manche gingen zu den Grünen oder wurden parteilos. Daher gibt es überall einzelne Leute, aber keinen funktionierenden organisatorischen Zusammenhang mehr. Schließlich hatte jeder von uns auch viel Arbeit damit, sich eine neue halbwegs zufrieden stellende wirtschaftliche und intellektuelle Existenz aufzubauen.

Ein zweiter Grund ist die Inkompatibilität des Konzepts, mit dem die westdeutschen Linken, die entweder antikapitalistisch oder etatistisch dachten, mit einem evolutionstheoretisch begründeten Konzept einer sozialistischen Moderne, in der Kapitalverwertungswirtschaft, basisdemokratische Rückbindungen und freie Entwicklung der Individuen ohne Dominanz des Staates zusammengedacht wurden, nichts anfangen konnten und bis heute auch nicht wollen – von Andre Gorz mal abgesehen, aber er ist tot.

Der Hauptgrund ist aber vermutlich, dass in der vereinigten Bundesrepublik bis heute eine konservative oder neoliberale politische Strömung dominiert und kaum Möglichkeiten bestehen, Mehrheiten oder Interessenten für sozial progressive Reformkonzepte zu finden. Schon das Wort Reform wird in der „normalen“ Öffentlichkeit heute mit mehr Druck, Sozialabbau und Lohnkürzungen identifiziert.

Ein Exkurs „Moderner Sozialismus als sozioökonomische Evolutionstheorie“ und weitere Texte auf www.rainer-land-online.de

Dokumente

Land, Rainer (Hg. 1990a): Das Umbaupapier. Argumente gegen die Wiedervereinigung. Berlin, Rotbuch Verlag.

Brie, Michael; Land, Rainer; Petsch, Hannelore; Segert, Dieter; Will, Rosemarie (1990): Sozialismus in der Diskussion. 1. Studie zur Gesellschaftsstrategie. Berlin, Dietz Verlag.

Bluhm, Harald; Brie, André; Brie, Michael; Ettl, Wilfried; Land, Rainer; Segert, Dieter; Wallraf, Wolfram; Will, Rosemarie (1990): Sozialismus in der Diskussion. 2. Texte zu Politik, Staat, Recht. Berlin, Dietz Verlag.

Humboldt-Universität zu Berlin (1988): Forschungsprojekt Philosophische Grundlagen der Erarbeitung einer Konzeption des Modernen Sozialismus. Materialien der Eröffnungsberatung November 1988.

Crome, Erhard; Kirschner, Lutz; Land, Rainer (1999): Der SED-Reformdiskurs der achtziger Jahre. DFG-Projekt CR 93/1-1. Zugänglich im Archiv Demokratischer Sozialismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung. www.rosalux.de/cms/index.php?id=18682&0=

Literatur

Binswanger, Mathias (1992): Information und Entropie. Frankfurt/Main, New York, Campus.

- Brie, André (1993): Die Verhältnisse tanzen lassen. Das Forschungsprojekt „Moderner Sozialismus“ an der Humboldt-Universität zu Berlin 1988/89. In: Z, Nr. 16, 45-53.
- Brie, Michael (1989): Rede auf der Demonstration der Parteibasis am 8.11.1989 vor dem ZK-Gebäude. In: Crome, Erhard; Kirschner, Lutz; Land, Rainer (1999). Bestand Forschungsprojekt Moderner Sozialismus, Bd. 6, darin: Materialien zur Demonstration der Parteibasis am 8.11.1989 vor dem ZK-Gebäude mit den Dokumenten: Initiative der Grundorganisation der SED des Zentrums für wissenschaftlichen Gerätebau der AdW, 6.11.1989, [M. Brie: Entwurf für die Rede]; M. Brie: Rede [Abschrift des Videomitschnitts der Fernsehübertragung].
- Brie, Michael; Klein, Dieter (1991): Umbruch zur Moderne? Hamburg, VSA.
- Czichon, Eberhard; Marohn, Heinz (1999): Das Geschenk. Die DDR im Perestroika-Ausverkauf. Köln, PapyRossa.
- Gorz, André (1991): Und jetzt wohin? Berlin, Rotbuch Verlag, 34ff.
- Kirschner, Lutz (2000): Konzepte gegen die Dogmatik. Ein neues Archiv zum SED-Reformdiskurs der achtziger Jahre. In: Deutschland Archiv 33 (2000) 2, 251-258.
- Land, Rainer (1990b): Evolution und Entfremdung - Wirtschaftliche Subsysteme und individuelle Lebenswelten in der gesellschaftlichen Entwicklung. In Initial, Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, 1(1990)6.
- Land, Rainer(2000): Der Herbst 1989 und die Modernisierung der Moderne. In: Misselwitz, Hans; Werlich, Katrin 1989: Später Aufbruch – frühes Ende?. Eine Bilanz nach der Zeitenwende. Berlin 2000. Siehe auch Berliner Debatte Initial 11(2000)2.
- Land, Rainer u.a. (2006): Zur Lage in Ostdeutschland. Bericht des Netzwerkes und Innovationsverbundes Ostdeutschlandforschung. In: Berliner Debatte INITIAL 17(2006)5.
- Land, Rainer; Possekel, Ralf (1994): Namenlose Stimmen waren uns voraus. Politische Diskurse von Intellektuellen aus der DDR. Bochum, Winkler.
- Land, Rainer; Possekel, Ralf (1998): Fremde Welten. Die gegensätzliche Deutung der DDR durch SED-Reformer und Bürgerbewegung in den 80er Jahren. Berlin, Ch. Links Verlag.
- Land, Rainer; Willisch, Andreas (2005): Ostdeutschland – ein Umbruchsszenario. Warum der „Aufbau Ost“ als „Nachbau West“ nicht gelingen konnte. In: Bahrmann, Hannes; Links, Christoph (Hg.): Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – Eine Zwischenbilanz. Chr. Links-Verlag 2005.
- Luhmann, Niklas (1992): Beobachtungen der Moderne. Westdeutscher Verlag Opladen 1992, S. 15.
- Luhmann, Niklas (1998): Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt/Main, suhrkamp taschenbuch.
- Marx, Karl (1857/1974): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. (Rohentwurf) 1857-1858. Anhang 1850-1859. Berlin, Dietz.
- Marx, Karl (1867/1974): Das Kapital, Berlin, Dietz.
- Marx, Karl ; Engels, Friedrich (1847): Manifest der kommunistischen Partei. In: MEW Bd. 4, S. 465.
- Meuschel, Sigrid (1992): Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Frankfurt/Main 1992, S. 324f.
- Röpke, Jochen, Stiller, Olaf: Einführung zum Nachdruck der 1. Auflage Joseph A. Schumpeters „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“. In Schumpeter, Joseph A. (1912/2006).
- Schumpeter, Joseph A. (1912/2006): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Nachdruck der 1. Auflage, Berlin, Duncker & Humblot.
- Segert, Dieter (2008): Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR. Wien, Köln, Weimar, Böhlau.
- Sturm, Eva (2000): „Und der Zukunft zugewandt“. Eine Untersuchung zur Politikfähigkeit der PDS. Wiesbaden, Opladen, Leske und Budrich.
- Wiesenthal, Helmut (1990): Politik im neuen Deutschland: Moderne Sozialismustheorie für die PDS? Das DDR-Umbaupapier. In: Kommune 8/1990.

Wilhelmy, Frank (1995): Der Zerfall der SED-Herrschaft, Münster/Hamburg, LIT.

Ullmann, Wolfgang: Interview: Gesamtdeutsche Verfassungsdebatte statt Wahlkampf. In: die tageszeitung (taz) vom 3.3.1990, S. 3.

Will, Hans-Jürgen; Will, Rosemarie (1990a): Die Verfassungsfrage in der DDR auf dem Weg zur deutschen Einheit. In: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft, Heft 2, S. 157-166.

Land, Rainer (1997): Reformbewegungen in der DDR in den achtziger Jahren. Möglichkeiten und Grenzen. In: Pollack, Detlef; Rink, Dieter (Hg.): Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970-1989, Frankfurt/Main, Campus Fachbuch, S. 129-144.